



Positionspapier der KLB Passau „Landwirtschaft und Klimaschutz“

(Stand: 02. Juli 2019)

Die KLB setzt sich für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein. Es gilt, die Erde, „unser gemeinsames Haus“ für alle jetzt lebenden Menschen und die zukünftigen Generationen so zu bewahren, dass ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Die fortschreitende Erderwärmung stellt dieses Ziel grundlegend in Frage.

Wir wollen mit diesem Papier sachlich und konstruktiv zu einem Thema beitragen, das geradezu eine Überlebensfrage der Menschheit ist.

Aktuelle Situation

Die Erderwärmung ist Realität. Seit Beginn des industriellen Zeitalters hat sich die globale Durchschnittstemperatur – mit regionalen Unterschieden - um ein Grad erhöht. Es besteht von wissenschaftlicher Seite kein Zweifel mehr, dass diese Erwärmung auf die menschengemachten Emissionen von Treibhausgasen (vor allem Kohlendioxid, Methan, Lachgas) zurückzuführen ist. Die Erderwärmung führt zu einer Häufung von Wetterextremen, weltweit und auch bei uns. Das Trockenjahr 2018 hat dies deutlich gezeigt.

Die Zeit drängt. Wenn nicht schnell gehandelt wird und messbare Erfolge erzielt werden, droht ein gefährlicher, in weiten Teilen unbeherrschbarer Klimawandel, der die Lebensbedingungen auf der Erde dramatisch verschlechtern wird. Wir schließen uns der Einschätzung des Klimaforschers H. J. Schellnhuber an: „Der drohende Klimawandel ist die Überlebensfrage der Menschheit. Wenn wir ihn nicht in Griff bekommen, brauchen wir über andere Probleme (...) nicht mehr nachdenken.“¹

Auf der Weltklimakonferenz in Paris 2015 wurde von den 195 teilnehmenden Staaten beschlossen, die Erderwärmung „deutlich unter 2 Grad, besser auf 1,5 Grad“ zu begrenzen. Dazu muss der Netto-Treibhausgasausstoß² weltweit bis zum Jahr 2050 auf 0 gesenkt werden. Das heißt, es muss in den nächsten 30 Jahren eine weitgehende „Dekarbonisierung“³ des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens gelingen.

Die bisherigen Anstrengungen dazu sind im privaten Bereich und in allen Wirtschaftssektoren, auch in der Landwirtschaft, viel zu gering. Der THG-Ausstoß in Deutschland stagniert seit etwa 10 Jahren auf hohem Niveau.⁴ Die Minderungsziele für 2020 werden also bisher weit verfehlt. Weltweit wurde 2018 ein neuer Emissionsrekord von insgesamt etwa 42 Gt CO₂-Äquivalent⁵ aufgestellt.

Die Herausforderung, vor die uns die Erderwärmung stellt, ist gewaltig. Alle gesellschaftlichen Kräfte sind dazu nötig. Die bisherige Strategie vieler Akteure in diesem Thema - verharmlosen, „auf Zeit spielen“, den „Schwarzen Peter“ auf andere schieben - ist unverantwortlich. Ein „weiter-so“ ist absolut keine Option!

¹ Süddeutsche Zeitung, 14.05.2018

² Im Folgenden THG-Ausstoß genannt

³ Dekarbonisierung oder auch Entkarbonisierung bezeichnet die Umstellung der Wirtschaftsweise, speziell der Energiewirtschaft, in Richtung eines niedrigeren Umsatzes von Kohlenstoff. Das theoretische Ziel ist auf Dauer die Schaffung einer kohlenstofffreien Wirtschaft.

⁴ 2018: 869 Mio. t

⁵ CO₂-Äquivalente (CO₂-Ä) sind eine Maßeinheit zur Darstellung der Klimawirkung unterschiedlicher Treibhausgase.

Die Rolle der Landwirtschaft

Die Erderwärmung berührt die Landwirtschaft in dreifacher Weise: Als unmittelbar Betroffene, als Verursacherin und als Teil einer nachhaltigen Lösungsstrategie.

- *Landwirtschaft als Betroffene*

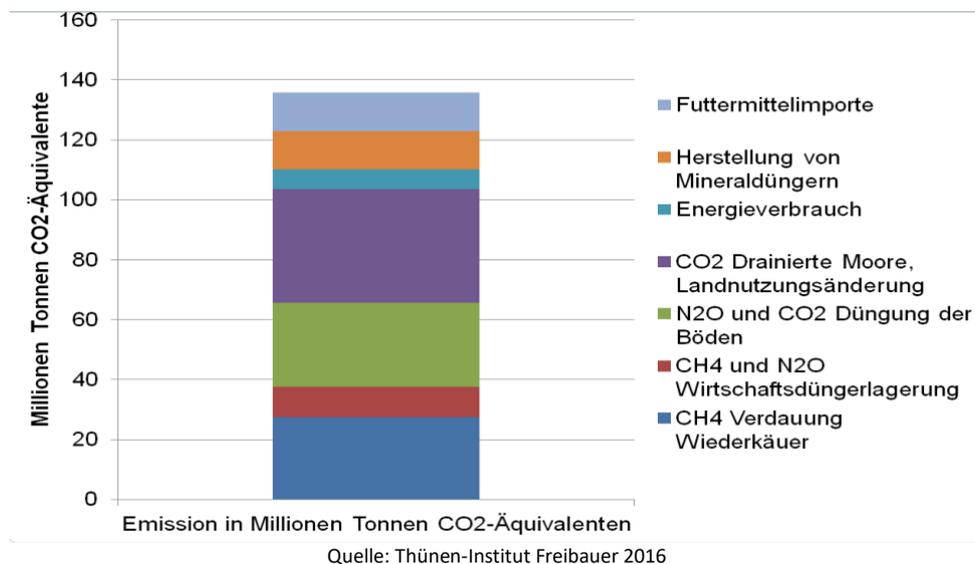
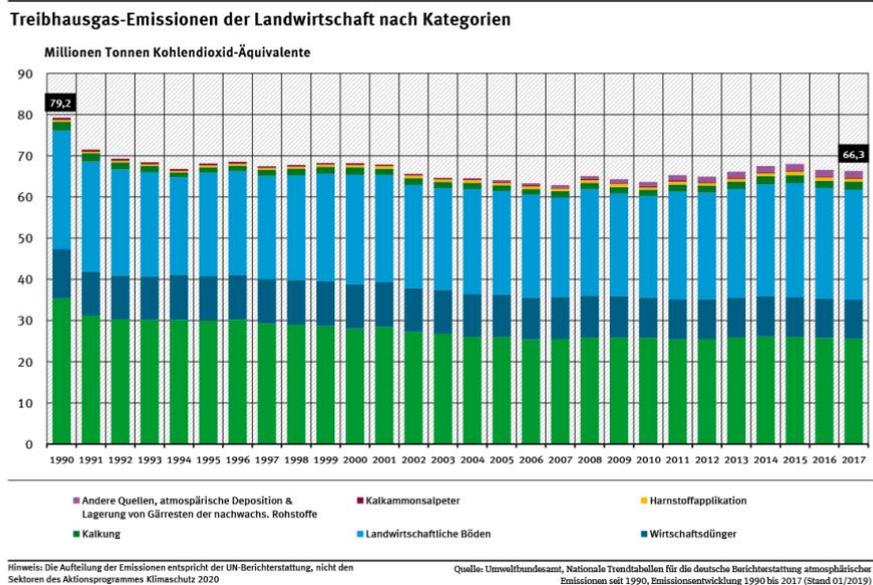
Wetterextreme stellen die Landwirtschaft vor große Herausforderungen. Anpassungsstrategien zu entwickeln (Züchtung z. B. auf Trockenheitsresistenz, Humusaufbau, Entwicklung wassersparender Anbausysteme, Bewässerung ...) ist ein Gebot der Stunde. Aber eines ist klar: Jetzt nur auf Anpassung zu setzen, wird der Dimension des Themas nicht gerecht.

Die Erderwärmung verschlechtert die durchschnittlichen Erzeugungsbedingungen. Studien besagen, dass jedes Grad der Erwärmung global die Ernten um ca. 10% reduziert (durch Verwüstung, Versalzung, Erosion, Ertragseinbußen durch unsichere Wasserversorgung, etc....).

Bereits jetzt haben viele Bauern im globalen Süden ihre Existenz verloren. Klimaveränderungen sind heute schon eine Hauptursache für Migration. Nachdem die Klimaveränderungen Bauern in besonderer Weise betreffen, sollten gerade sie hier, energisch ihre Stimme erheben und selber Vorreiter in allen Belangen des Klimaschutzes sein.

- *Landwirtschaft als Verursacher*

Die Statistik des Umweltbundesamtes weist für das Jahr 2017 THG-Emissionen in Höhe von 66,3 Mio. t CO₂-Äquiv. in Deutschland durch die Landwirtschaft aus (siehe Grafik 1). Das entspricht 7,3% der Gesamtemissionen der BRD.



Die Statistik legt dar, dass die deutsche Landwirtschaft ihre Emissionen von 1990 bis 2016 um ca. 17%

verringert hat. Dies geht vor allem auf die Reduktion der Viehbestände in Ostdeutschland nach der „Wende“ zurück. Seit 2006 sind die Emissionen aber tendenziell wieder steigend. Dies bedeutet, dass die Maßnahmen der letzten Zeit in diesem Bereich in der Summe leider keinen Erfolg gebracht haben.

Rechnet man dazu die Emissionen aus Landnutzungsänderungen (Landwirtschaft auf Moorböden, Grünlandumbruch ...), den Energieverbrauch für die Herstellung von Mineraldünger und einen Anteil für die Emissionen, die Importfuttermittel verursachen, so kommt man auf Gesamtemissionen von 130 Mio. t CO₂-Äquiv. Das entspricht etwa 14% der deutschen Emissionen (Grafik 2). Global betrachtet ist also die Landwirtschaft, einschließlich der Landnutzungsänderungen, für ca. 20 bis 25% der THG-Emissionen verantwortlich. "Diese Zahlen zeigen, dass die Landwirtschaft und die ganze Ernährungswirtschaft beim Thema Klimawandel eine erhebliche Bedeutung haben und somit enorm herausgefordert sind."⁶

- *Landwirtschaft als Teil einer nachhaltigen Lösungsstrategie*

Die Hauptaufgabe der Landwirtschaft, gesunde Lebensmittel in ausreichendem Maß zur Verfügung stellen, wird immer mit THG-Emissionen verbunden sein. In Zukunft muss jedoch ein Hauptaugenmerk auf eine THG-optimierte Erzeugung gelegt werden, um messbare Einsparungen zu erreichen. Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und die Erzeugung pflanzlicher Energieträger kann zusätzlich in einem begrenzten Umfang positive Beiträge leisten.

Wir fordern deshalb folgende Maßnahmen, die auch politisch zu fördern sind:

1. Steigerung der Stickstoffeffizienz und Reduktion der Stickstoffüberschüsse

Der derzeitige N-Überschuss von ca. 100 kg/ha belastet das Klima und alle Ökosysteme in negativer Weise.

Wir fordern:

- ✓ Eine flächengebundene Tierhaltung (Richtwert: 2 GV/ha.⁷)
- ✓ Nährstoffkreisläufe möglichst zu schließen und damit klimabelastende Stoffausträge zu minimieren, Anpassung und Durchsetzung im Düngerecht
- ✓ Verstärkten Einsatz von tierischem Dünger (Gülle und Mist) in Biogasanlagen

2. Erhalt bzw. Steigerung der organischen Substanz im Boden

Der Gehalt und die Zusammensetzung von Humus ist entscheidend für die Fruchtbarkeit der Böden (insbesondere für die Nährstoffversorgung der Pflanzen), aber auch für die Wasserspeicherung, die Wasserversickerung und die Erosionsanfälligkeit.

Darüber hinaus sind Böden wichtige Kohlenstoffspeicher. Nach derzeitigem Stand ist in Ackerböden über einen begrenzten Zeitraum hinweg durchschnittlich eine Kohlenstoffanreicherung von umgerechnet 1,5 t CO₂-Äquiv. pro ha und Jahr möglich.

Wir fordern:

- ✓ Restriktives Grünlandumbruchverbot, auch für Öko-Betriebe
- ✓ Strengen Schutz von Moorböden, Förderprogramme zur Wieder-Vernässung von Mooren (ca. ¼ der TGH-Emissionen stammt aus ehemaligen Moorstandorten)
- ✓ Förderung humusmehrender Bewirtschaftungsweisen im Ackerbau (verbesserte Fruchtfolgen, Ökolandbau, Zwischenfruchtanbau, Umwandlung von Ackerland in Grünland, konsequenter Erosionsschutz etc.)

3. Eine sachorientierte Diskussion um verantwortungsvolle Ernährungsstile

Landwirtschaft und Ernährung stehen in einem engen Zusammenhang. Letztlich bestimmt unser Speiseplan auch die Art und Intensität der Landwirtschaft.

⁶ Laut Studie des wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik vom November 2016 belaufen sich die ernährungsbedingten Emissionen insgesamt auf ca. 240 Mio t CO₂ Äquiv. (= ca. 25% der Gesamtemissionen).

⁷ Viehbesatz: landwirtschaftlich-ökologisches Maß für die Anzahl von Nutztieren im Verhältnis zu der für diese Tiere genutzten Agrarfläche, auf der beispielsweise ihr Futter erzeugt wird; Eine Großvieheinheit entspricht dabei 500 Kilogramm.

Tierische Lebensmittel verursachen 70% der THG-Belastungen, während pflanzliche Lebensmittel nur für ca. 30% der THG-Emissionen verantwortlich sind. Daher ist eine Reduktion tierischer Lebensmittel auf ein Maß, das auch gesundheitlich vorteilhaft ist (Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung), auch aus Klimaschutzgründen sinnvoll.

Wir fordern darüber hinaus:

- ✓ Einen weitgehenden Verzicht auf Lebensmittel, die mit dem Flugzeug transportiert werden
- ✓ Die Verwendung von regionalen und saisonalen Lebensmitteln und damit
- ✓ die Stärkung regionale Wirtschaftskreisläufe und Verringerung von Transporten
- ✓ Maßnahmen zur Eindämmung von Lebensmittelverschwendung; Lebensmittel dürfen nirgends zur billigen Ramsch-Ware werden, die man bedenkenlos wegwerfen kann.

4. Einen langfristigen Ausstieg aus dem Import von außereuropäischen Futtermitteln

5. Eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten von biogenen Rohstoffen und Energieträgern

2017 wurden auf 2,35 Mio. ha Energiepflanzen (= 20% der Ackerfläche) und 0,3 Mio. ha Industriepflanzen (= 2,5 % der Ackerfläche) angebaut. Gleichzeitig werden große Flächen im Ausland für Importe (z.B. allein für Sojaprodukte ca. 2 Mio. ha) beansprucht. Daher führt eine Ausweitung der Anbauflächen für Biomasse bei uns zu Verlagerungen in andere Länder

Gerade die Ausweitung der Produktion von biogenen Treibstoffen ist auch aus Klimabilanzgründen kritisch zu sehen. Die hier oft in die Diskussion gebrachten Reststoffe werden bereits jetzt schon weitgehend Genutzt, bzw. sind für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit (Stroh) notwendig.

Ein kleiner Baustein effizient Klimaschutz zu betreiben, ist der Anbau und die Verwertung (energetisch und evtl. auch stofflich) von Lignocellulose. (Schnell wachsende Hölzern z.B. Pappeln und Weiden in Kurzumtriebsplantagen (KUP) und Miscanthus (Elefantengras).) Hierzu fordern wir eine entsprechende Förderung.

6. Die Erhebung von Steuern und Abgaben auf umwelt- und klimaschädliche Stoffe - Einführung eines CO₂ – Preises

Um die gesamtgesellschaftlich notwendige Dekarbonisierung aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche entscheidend voran zu bringen, reichen die bisherigen politischen Instrumente nicht aus. Als Sofortmaßnahme fordern wir deshalb eine spürbare Besteuerung aller fossilen Energieträger (CO₂ – Abgabe). Die Einnahmen aus dieser Abgabe sollen unmittelbar klimaschutzfördernden Maßnahmen zufließen. Soziale Härten, die sich bei höheren Energiepreisen ergeben, sollen ausgeglichen werden.

Klimaschutz als gemeinsame Aufgabe

Zu guter Letzt sei herausgehoben, dass Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche und politische Herausforderung ist, die es zu bewältigen gilt, eine Aufgabe, die alle angeht. Um diese Überlebensfrage der Menschheit positiv beantworten zu können, muss jeder in seinem alltäglichen Lebens- und Wirkungsbereich einen Beitrag leisten. Die Politik ist aufgefordert, dafür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Denn: alles, was wir jetzt beim Klimaschutz unterlassen, kommt uns, vor allem aber die nachfolgenden Generationen teuer zu stehen!

Richtungsweisend kann dabei ein Wort der deutschen Bischöfe von 2006 sein: „Für den christlichen Glauben ist der konsequente und engagierte Einsatz für den Klimaschutz nicht eine Nebensache, sondern eine Bewährungsprobe seiner Kraft. (..)“

*Katholische Landvolkbewegung in der Diözese Passau
Arbeitskreis Landwirtschaft
Verabschiedet von der Diözesanversammlung der KLB Passau e.V. am 04. Mai 2019 in Pocking*